

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Bezugspreis für Thorner bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner

Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.

Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Erstes Blatt.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.

Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Für die Monate Februar und März
bezieht man die

„Thorner Ostdeutsche Zeitung“

nebst

„Illustrirtem Unterhaltungsblatt“

bei allen Postämtern, Ausgabestellen,
sowie in der Geschäftsstelle

für 1 Mk. (ohne Bringerlohn).

Vom Reichstage.

24. Sitzung vom 3. Februar.

Am Bundesrathssitz: von Bobbelski, Frhr. von Thielmann.

Die zweite Etatberatung wird bei der Post- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt. Die Beratung beginnt mit den Einnahmen. In Titel 1 sind die Porto- und Telegraphengebühren mit 333 1/2 Millionen (27 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre) eingestellt.

Abg. Müller (fr. Vp.) spricht den Wunsch aus, daß die Vorlage, welche die Erhöhung des Meistgewichts für gewöhnliche Briefe auf zwanzig Gramm enthalte, recht bald an den Reichstag gelangen möge und befürwortet noch weitergehende Erleichterungen bei der Beförderung von Drucksachen, Vervollkommen der Fernsprecheinrichtungen. Das Bestellgeld für gewisse Postsendungen wird immer mehr als eine Ungerechtigkeit empfunden, namentlich auf dem Lande. Redner fragt an, ob es richtig sei, daß der Stadt Ratowitz für den Fall, daß sie die Genehmigung zur Benutzung öffentlicher Straßen zu Telephonleitungen nicht erteilen sollte, die Sperrung des ganzen Telephonnetzes angedroht worden sei. Die Uebelstände, die sich aus der Postfreiheit für die Sendungen der landesfürstlichen Häuser ergeben, hätten auch im letzten Jahre sich gesteigert. Diese Freiheit müsse endlich abgelöst werden.

Staatssekretär v. Bobbelski erwidert, er stehe auf dem Prinzip, daß das Land in keinem Falle schlechter gestellt sein soll, als das Ausland. Ein Theil der Konsequenzen sei bereits beseitigt, die Vorschläge des Vorredners wegen der Drucksachen werde er in Erwägung ziehen. Ueber die Telephongebühren sei ein neues Gesetz ausgearbeitet worden, das er bereits dem Bundesrath vorgelegt habe. Von der Ratowitzer Angelegenheit wisse er nichts, er glaube auch nicht, daß die Sache sich so verhalte, wie die Zeitungen berichtet haben. Im Telephonwesen würden noch weitere Ermäßigungen geschaffen werden, so Gesprächszähler für solche Teilnehmer, die den Apparat selten benutzen; auch mit der Einführung des Nachdienstes sollten Versuche gemacht werden. — Wo die Postfreiheit zu gewerblichen Zwecken mißbraucht werde, nehme er in jedem Falle Anlaß darauf hinzuwirken, daß Abhilfe getroffen werde. Wenn aber eine Regierung erkläre, die und die Sachen liegen innerhalb des Aversums, könne er nichts dagegen machen und höchstens bei der nächsten Berechnung des Aversums eine Erhöhung desselben beantragen.

Abg. Dr. Boede (Antif.) fordert die Abschaffung des Strafportos. Die Postverwaltung wisse sich eine Strafgewalt dabei an, die ihr nicht zustehe.

Staatssekretär v. Bobbelski erwidert, es handle sich nicht um eine Strafe, sondern um einen Aufschlag zu dem Porto, da unfrankirte Briefe der Post bedeutend mehr Arbeit machen als die frankirten.

Abg. Graf Stolberg = Bernigerode (Antif.) giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem neuen Postgesetz für eine halbjährige Herabsetzung der Telephongebühren für die kleinen Städte ermöglich werden.

Abg. Müller = Sagan fragt an, ob der in Aussicht genommene Gesprächszähler auch zuverlässig ist und ob in dem Begehr eine Entschädigung der Gemeinden vorgesehen ist.

Staatssekretär v. Bobbelski verneint letztere Frage, da er das Geld für solche Entschädigung doch nirgends anders hernehmen könne, als aus den Taschen des Publikums. Bezüglich des Gesprächszählers müsse er sich berichtigen. Er habe nicht von einem solchen sprechen wollen, sondern von Gesprächszählungen auf dem Lande.

Der Titel wird darauf bewilligt.
Bei dem Ausgabestitel „Gehalt des Staatssekretärs“ berührt.

Abg. Bingen (Zentr.) die Frage der Sonntagsruhe für die Beamten.

Abg. Singer (Soz.) läßt Kritik an dem Verhalten der Postverwaltung gegen Unterbeamte, wenn sie für sozialdemokratische Agitatoren gehalten würden. Redner bräut sich auf einen Erlaß des Staatssekretärs selbst, auf die Achtung des „Deutschen Postboten“ und Begünstigung eines neuen offiziellen Blattes. Grundsätzlich sei es, wie man es ausfindig gemacht habe, daß Unterbeamte des „Deutschen Postboten“ unter der Deckadresse eines Gastwirths bezogen hätten. Darnach

scheine es, als ob die Postverwaltung mit Spiegeln arbeite. Redner bringt einen anderen Erlaß in Potsdam zur Sprache, (einem Hausbesitzer, dessen Vordergebäude für Postzwecke gemiethet ist, wird mit Kündigung gedroht, falls er fortgesetzt das Hintergebäude zu Arbeiterwohnungen vermiethe) und bemerkt, einen höherrangigen Erlaß gebe es gar nicht. (Vizepräsident Schmidt ruft den Redner zur Ordnung.) Weiter kritisiert Redner eine Maßregelung von Unterbeamten, welche für den Sozialdemokraten Bloß gestimmt haben seitens der Oberpostdirektion in Braunschweig. Diese habe ihr Amt zur Verbeugung mißbraucht. (Vizepräsident Schmidt ruft den Redner zum zweiten Mal zur Ordnung.) Redner fortfahrend: Ich habe von Niemandem hier im Hause gesprochen. (Vizepräsident Schmidt: Ich muß Sie bitten, nicht meine Maßnahmen als Präsident zu kritisieren. Es ist nicht Sitte hier im Hause, so von Beamten zu reden und Verleumdungen auszusprechen.)

Staatssekretär v. Bobbelski weist die Ausführungen des Vorredners ausdrücklich zurück. Die Praxis der Disziplinarcommission sei stets dahin gegangen, daß ein Beamter sozialdemokratische Gesinnung nicht haben dürfe. (Beifall rechts.) Der Erlaß in Potsdam sei ganz in der Ordnung. Was den „Postboten“ anlange, so liege ihm, dem Staatssekretär, blöde Furcht fern. Ein Beamter dürfe nicht sozialdemokratische Gesinnung haben, das betone er nochmals ausdrücklich. Das neueste Postblatt habe er niemals empfohlen.

Abg. v. Kardorff (Rp.) dankt dem Staatssekretär für sein entschiedenes Auftreten und wünscht auch in den übrigen Ressorts recht bald ein ähnliches Vorgehen.

An der Debatte betheiligen sich die Abgg. Werner (Antif.) und Baudert (Soz.) Die Weiterberatung findet Sonnabend 1 Uhr statt.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

11. Sitzung vom 3. Februar.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt. — Die Erlöse aus Abhängen von Domänen und Forstflächen werden debattelos genehmigt.

Bei dem Etat der Gefängnisverwaltung erwidert auf eine Anfrage des Abg. Richter (fr. Vp.) ein Regierungskommissar, die Lehrer an den Gefängnissen würden im Allgemeinen ebenso behandelt, wie die Volksschullehrer, ihr Gehalt werde nach den Vorschriften des Volksschullehrer-Gehaltgesetzes bemessen.

Der Etat der Gefängnisverwaltung wird darauf bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betr. die Synagogengemeinde-Verhältnisse in Frankfurt a. M. Die Vorlage wird mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen.

Abg. Knobloch (natl.) sieht dem Gesetz im Prinzip durchaus freundlich gegenüber, weist aber auf die jetzt schon zu bedeutende Belastung der Gemeinden mit Schulausgaben hin. Bei der günstigen Finanzlage des Staates könne wohl der Staat hier mehr thun, als im Gesetz vorgesehen ist. Besonders hart sollten wieder die Stadtkreise betroffen werden. Er beantragte, das Gesetz einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Kölliker (Antif.) erklärt, daß seine Freunde gern an dem Zustandekommen der Vorlage mitarbeiten, weil sie Vertrauen zu der Regierung hätten, daß sie den minder leistungsfähigen Gemeinden ihre Unterstützung nicht versagen werde (Beifall).

Abg. Koppich (fr. Vp.) ist erfreut, daß durch die Vorlage die Lehrerschaft aus ihrer bisherigen Abwärtsstellung vollberechtigt in die preussische Beamtenfamilie aufgenommen werden soll. Gegen Einzelheiten der Vorlage habe er allerdings Bedenken, so namentlich die Schließung der jetzigen Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenkassen nach den im § 18 vorgeschriebenen Bestimmungen.

Abg. Dr. Dietrich (Zentr.) wünscht dringend das Zustandekommen der Vorlage.

Abg. Knörcke (fr. Vp.) bedauert, daß die Durchführung des Lehrerbildungsgesetzes nicht im Sinne und Geiste der Beschlüsse dieses Hauses erfolgt sei (Sehr richtig!). Man empfinde deshalb auch heute schon die Sorge, daß Ähnliches bei diesem Gesetze passiren könne.

Abg. Tzschoppe (fr.) hat gleich seinen Freunden Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage, hauptsächlich deshalb, weil die Gemeinden erheblich belastet werden. Es sei daher sehr wünschenswert, daß der Staatsaufschlag erhöht werde.

Minister Dr. Boffe will auf Einzelbestimmungen der Vorlage nicht eingehen. Die Vorlage belaste die Gemeinden nicht übermäßig; aber die Regierung müsse sich auf den Boden der Verfassung stellen und den Gemeinden zunächst die Lasten für die Volksschule auflegen. Sie sei aber einen Schritt weiter gegangen und habe erhebliche Staatszuschüsse für minder günstig situierte Gemeinden in Aussicht genommen; für nichtleistungsfähige Gemeinden werde später der Staat ohnehin eintreten müssen. Er hoffe, daß die Vorlage im Großen und Ganzen unanberührt genehmigt werde.

Abg. Ernst (fr. Vp.) Abg. Geisler (Zentr.) und Abg. Ehlers (fr. Vp.) stimmen der Vorlage zu. Letzterer wünscht, daß dem diskretionären Ermessen in der Bemessung des Staatszuschusses nicht zu weiter Spielraum gelassen werde, es müsse eine Form gefunden werden, wonach den weniger leistungsfähigen Städten ein höherer Staatszuschuß gesichert wird.

Abg. Hohelfel (Zentr.) hält die Annahme der Vorlage für wünschenswert. Er hoffe, daß durch das Gesetz die Berufsfähigkeit der Lehrer gefördert werde.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Vorlage an eine 21er Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Nunmehr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Verzeugsch.

Deutsches Reich.

Nach dem „Kleinen Journal“ wurde der frühere Oberpräsident Graf Udo v. Stolberg auf dem Hofball am letzten Mittwoch von dem Kaiser in ein längeres Gespräch gezogen. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich der Kaiser auch über den projektirten Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg und sprach sich abermals zu Gunsten der Ostlinie aus.

Nach der dem Bundesrat vorliegenden Postnovelle soll, wie aus Berlin gemeldet wird, die Entschädigung für die Privatpostanstalten durch die Reichspostverwaltung geregelt werden und, im Falle eine Einigung nicht zu erzielen ist, durch ein aus vier Reichsgerichtsräten gebildetes Schiedsgericht. Verhandlungen über die Höhe der Entschädigung sind vermittels eines Arbeitsausschusses der Reichspostverwaltung mit den Privatpostanstalten bereits angeknüpft.

In der Geschäftsordnungscommission des Reichstages wurde einstimmig beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, die von den Sozialdemokraten beantragte Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Schmidt = Wackerleben zu erteilen.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Nachweis über die Verwendung des außeretatmäßigen Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung zugegangen, der aus dem Jahresüberschuß für 1896/97 auf eine Höhe von 20 000 000 M. ergänzt wurde. Aus diesem Fonds wurden im Etatsjahre 1897/98 für die Vermehrung der Betriebsmittel der Staatsbahnen 17 128 000 M. ausgegeben. Erläuternd wird dazu bemerkt: Der im Extraordinarium des Etats der Eisenbahnverwaltung für 1897/98 zur Beschaffung von Güterwagen vorgegebene Betrag von 12 000 000 M. genügt nicht, um damit den Anforderungen der über den erwarteten Umfang eingetretenen Verkehrsteigerung gerecht zu werden. Vielmehr wurde es notwendig und unaufschieblich, auf die weitere Beschaffung von Güterwagen sowie auch von Lokomotiven und Personenwagen aus verfügbaren außerordentlichen Fonds Bedacht zu nehmen. Demgemäß hat die Beschaffung von 155 Lokomotiven, 296 Personenwagen und 2146 Güterwagen stattgefunden und zwar für Rechnung dieses Dispositionsfonds, da andere Mittel dafür nicht zur Verfügung standen. Die Beschaffungskosten betragen nach dem Aufschlage 17 128 000 M.

Die Konservativen und Nationalliberalen im Königreich Sachsen haben sich für die bevorstehenden Landtagswahlen auf Grund eines Beschlusses geeinigt. Die Parteivorstände erachten das seit einer langen Reihe von Jahren bewährte Zusammengehen der beiden Parteien auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen für geboten. Einigung der beiderseitigen Parteiangehörigen über gemeinsame Kandidaten ist zunächst innerhalb der einzelnen Wahlkreise anzustreben. Dabei ist in den Wahlkreisen, in denen beim letzten Landtag ein Mitglied einer der beiden Parteien im Besitz des Mandats gewesen ist, den Besitzstand zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Aus Eberswalde wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Die Frage, wer die Stellvertretungskosten für den Reichs- und Landtagsabgeordneten Gymnasialprofessor Pauli zu zahlen hat, wird erst durch das Oberver-

waltungsgericht entschieden werden. Das Provinzialschulkollegium hatte während der vorjährigen Parlamentsession einen Schulamtskandidaten zum Vertreter für Professor Pauli am hiesigen Wilhelms-Gymnasium bestellt; die Kosten waren vorläufig von dem Gymnasialdirektor aus einem ihm zur Verfügung stehenden Fonds verauslagt worden. Die Stadtwaltung weigerte sich aber, die Stellvertretungskosten zu tragen, weil das Provinzialschulkollegium über den Kopf des Magistrates hinweg, welcher Patron des Gymnasiums ist, den Stellvertreter ohne weiteres bestimmt und hergeschickt hat. Infolgedessen hat das Provinzialschulkollegium gegen die Stadt beim Oberverwaltungsgericht die Klage angestrengt. Der Magistrat hat beschloffen, sich auf die Klage einzulassen, und auch die Stadtvorordnetenversammlung hat ihre Zustimmung hierzu erteilt. Die grundsätzliche Frage, wer die Stellvertretungskosten zu tragen hat, wird freilich durch die zu erwartende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts noch nicht berührt. Wird die Stadtwaltung zur Zahlung verurtheilt, so steht ihr noch frei, ihrerseits von Professor Pauli die Summe wieder einzulagern.

Zu den Erörterungen über die Spielwuth einzelner Offizierkorps in der Budgetkommission des Reichstags schreiben die „Berl. Neuest. Nachr.“: „In militärischen Kreisen ist von einer sehr deutlichen Asprache die Rede, die der Kaiser selbst vor wenigen Wochen an gegebener Stelle gehalten hat.“ Die Reitschule in Hannover wurde in der Budgetkommission ganz besonders auf das Korn genommen, „es hätten auch erheblich näher liegende Beispiele gewählt werden können.“ Mit seltenen Ausnahmen werde das Ueberhandnehmen des Spiels in einem Offizierkorps die Schuld des Regimentskommandeurs sein und an dieser Stelle geahndet werden müssen. Vor allen Dingen aber dürfte es sich empfehlen, „daß jüngere Offiziere, die wegen Spiel und der damit verbundenen Mißstände den Abschied erhalten haben, auch ein für alle Mal draußen bleiben und nicht nach einiger Zeit wieder angestellt werden.“

Politik in Kriegervereinen zu treiben, fordert offen eine Flugschrift auf, welche der Vorsitzende des preussischen Landes-Kriegerverbandes General v. Spitz unter dem Titel: „Kriegervereine gegen Sozialdemokratie, ein Mahnwort an die gebildeten Stände, von Prof. Dr. A. Westphal, Hauptmann der Landwehr-Infanterie“ versendet. Der Verfasser beschränkt sich darüber, daß „die Herren Gutsbesitzer auf dem Lande“ sich ablehnend gegen die Kriegervereine verhalten: „Sie wollen nicht Mitglieder eines Vereins sein, dem ihre Knechte angehören...“ und schildert, daß sich in den Vereinen vielfach „Ausschreitungen herausgebildet haben, die auf Gebildete nicht einladend wirken.“ Die Flugschrift verlangt dann, daß in den Kriegervereinen Vorträge über die Sozialpolitik, über die Versicherungsgesetzgebung und ähnliche Gegenstände gehalten und die Lehren der Sozialdemokratie innerhalb des Vereins bekämpft werden. Wenn das geschieht, und nach Ausweis der Schrift ist es schon vielfach geschehen, so ist die Frage berechtigt, wie fortan die Verbände und Ausschüsse der Kriegervereine mit § 8 des preussischen Vereinsgesetzes vereinbar sind. Noch immer besteht das Verbot der Verbindung zwischen politischen Vereinen. Nach der Flugschrift, die der General v. Spitz versendet, müssen fortan die Kriegervereine als politische Vereine betrachtet und behandelt werden. Sie dürfen also nicht mit einander in Verbindung treten. Oder ist etwa, fragt die „Voss. Ztg.“ im Hinblick auf die Bedürfnisse der Kriegervereine endlich die Erfüllung der Forderung des Fürsten Hohenlohe in Sicht?

Ueber das Milizsystem äußert der sozialdemokratische Abgeordnete Max Schippel in der „Neuen Zeit“ recht legerische Ansichten gegenüber den Ausführungen von Kautsky. Schippel hält eine einjährige ununterbrochene

Dienstzeit für weit zweckentsprechender als jährliche Einberufungen von vier und mehr Wochen vom 14. bis vielleicht zum 26. Jahr. Am Schlusse des Artikels äußert sich Schippel wie folgt: „Offen gestanden, ich glaube, der Bauern-, der Tagelöhner-, der längere Zeit in der sozialdemokratischen Großgarnisonstadt zubringt, ist uns zugänglicher, wie der von Kindesbeinen an irgendwo im Hinterland vom Unteroffizier dressierte Milizsoldat, der nur auf den Hufsch die Großstadt einmal erblickt. Darum sehe ich, neben den wirtschaftlichen, auch die politischen Wirkungen des Milizsystems, wie es bei uns allenfalls denkbar wäre, etwas anders an wie üblich. Aber von jeder Feindschaft gegen die Demokratie und das Proletariat fühle ich mich dabei frei. Ich mache nur nicht jedem Gute sofort meine Reverenz, weil eine rothe Fahnenfeder auf ihm steht.“

Die Einführung eines neuen Infanteriegewehrs steht nach der „Germ.“ in der That bevor. Sämtliche königliche Gewehrfabriken sind mit der Herstellung des neuen Modells so weit vorgeschritten, daß schon in nächster Zeit mit der Massenfabrikation begonnen werden kann.

Zur Leutenoth in Schlesien berichtet man der „Welt am Montag“, daß im Dorfe Gurnen des Wohlauer Kreises die männlichen Arbeiter 70—80, die Arbeiterinnen 30—40 Pfg. Tagelohn ohne jedes anderweitige Entgelt erhielten. In dem benachbarten Schwolitz werden den Arbeitsfrauen für den ganzen vollen Tag Alles in Allem fünfzig Pfennig gezahlt. Von Belohnung ist keine Rede.

Herr v. Köller fährt mit den Ausweisungen von Dienstknechten und Dienstmädchen fort. Am 31. Januar sind deren 21 aus verschiedenen Orten des Kreises Habersleben ausgewiesen worden; aus Habersleben selbst ein Tischlergeselle, ein Gerbergeselle und eine Direktrice in einem Modengeschäft. Auch eine schwedische Dienstmagd und ein belgischer Zigarrenarbeiter verfielen der Ausweisung. In einem Falle mußte die Ausweisung einer Dienstmagd zurückgenommen werden, da sich herausstellte, daß dieselbe die preussische Staatsangehörigkeit besitzt.

Zum Fall Delbrück berichtet „Die Hilfe“, das Organ des Pfarrers Naumann, daß die obersten Häupter der Berliner Universität in einer Besprechung beschlossen haben, nichts für Delbrück zu thun, obwohl sie sich dem Eindruck nicht verschließen, daß eine Verwarnung Delbrücks auf die geistige Freiheit aller Professoren ungünstig wirken müsse.

Ein Posthistorchen aus Rattow meldet die „Rattow. Ztg.“: Unsere Stadt hat mit der Postverwaltung einen Vertrag geschlossen, laut welchem das Ziehen der Drähte ohne weiteres gestattet werden soll. Demgegenüber wurde aus der Mitte der Versammlung bemerkt, man solle sich doch nicht eines Rechtes begeben, das die Stadt Breslau erstritten habe. Breslau, welches gar nicht daran dachte, dem Fiskus Schwierigkeiten zu machen, habe ein Prinzip durchgefochten. Auch Rattow werde nach dieser Richtung dem Fiskus Schwierigkeiten machen, immerhin könne aber die Genehmigung widerruflich erfolgen. Jetzt erklärte Herr Erster Bürgermeister Schneider: dann werde wohl für die Stadt die Sperrung der Telefonleitungen erfolgen. Als Kopfschütteln in der Versammlung erfolgte, meinte Herr Erster Bürgermeister Schneider: er habe auch mit dem Kopfe geschüttelt, es sei aber nach Mittheilungen des Herrn Postdirektors Gawrdo so, wie er berichtet. Bei Herrn Postdirektor heißt es: „Ich kommandire, und so wird es gemacht!“ Die Magistratsvorlage gelangte hierauf zur Annahme.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Den „Narodni listy“ zufolge erklärt der Ministerpräsident Graf Thun in der letzten Sitzung der parlamentarischen Kommission der Rechten des Abgeordnetenhauses, die einzige tatsächliche Veranlassung zur Verlegung des Reichsraths sei die erwiesene vorläufige Obstruktion und der Mangel jeder Hoffnung auf Beilegung derselben. Der Eintritt besserer Zustände bilde seinen sehnlichsten Wunsch. Die Mehrheit habe alles gethan, um ein Fortführen der Arbeit im Hause zu ermöglichen. Eine weitere Fortsetzung der unfruchtbaren Thätigkeit des Reichsraths sei schon wegen des Parlamentarismus unmöglich. Eine Verständigung der Nationalitäten sei unerlässlich, aber nur bei gegenseitiger Willfährigkeit und Versöhnlichkeit auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung möglich. Die Dauer des außerparlamentarischen Zustandes sei nicht zu bestimmen. — In dem Exekutivkomitee der Rechten erklärte der Ministerpräsident Graf Thun, er lege den größten Werth auf den unerschütterlichen Zusammenhalt der Parteien der Rechten. Die Regierung gab die bestimmte Zusage, daß sie auch während der parlamentarischen Zeit keine wichtigeren Schritte ohne Zustimmung des Exekutivkomitees vornehmen, insbesondere keine kaiserlichen Verordnungen auf Grund des

§ 14 erlassen werde, ohne sich vorher der Zustimmung des Komitees zu verschern. Deshalb wünsche die Regierung, daß sich das Exekutivkomitee der Rechten in Permanenz erkläre.

Das Prager Strafgericht verurtheilte den deutschen Studenten Diberle, der den tschechischen Studenten Vinhart erschoss, wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu 3 Monaten strengem Arrest und 38 Gulden Schadenersatz an die Beteiligte. Der Verurtheilte meldete Berufung an. Der Verurtheilte wurde in Haft behalten.

Frankreich.

Der Kammerausschuß für Lebereiche Gesetz stellte fest, daß erster Vorsitzender Mazeau in seinem Verfahren gegen die verdächtigen Richter viele Beschuldigungen protokolllarisch festlegte, ohne die Angeklagten über sie zu befragen; er nahm auch nichtunterzeichnete Briefe auf, deren einer beispielsweise einen bekanntermaßen vermögenden Richter bezichtigt, ein großes Haus gekauft zu haben, ohne daß die Bezichtigten sich dazu äußern konnten. Infolge dessen beschloß der Ausschuß, die Antwort der Beschuldigten auf alle Punkte einzuholen, über die im Moz-auschen Verfahren bloß Anklagen, doch keinerlei Vertheidigung vorliegen.

Beaurepaire erzählt im „Echo de Paris“, die Untersuchung des Generalprokurators Manau sei mit dem Hintergedanken geführt worden, Dreyfus als unschuldig hinzustellen. Zu diesem Zwecke habe man die Aussagen Lebrun-Renaults verdächtigen müssen. Um dies zu erlangen, habe man versucht, einen der Soldaten der republikanischen Garde, welcher Dreyfus bei seiner Degradation begleitete, zu einer falschen Aussage zu verleiten. Der Soldat habe sich aber nicht beugen lassen. Beaurepaire erklärte weiter, ein sehr vertrauliches Aktenstück der geheimen Akten, welches der Kriminalkammer mitgetheilt worden war, sei am folgenden Tage zur Kenntniß eines offiziellen Agenten des Dreiebundes gelangt. Ihm (Beaurepaire) sei diese Thatsache von zwei Offizieren mitgetheilt worden, welche bereit seien, dies vor Gericht zu bekräftigen.

In Algier wurde am Donnerstag der jüdische Hilfsarzt des öffentlichen Krankenhauses Jois begraben, der in der Pflege Typhuskranker selbst von der Seuche ergriffen und weggerafft wurde; zum erstenmal seit dem Beginn der antisemitischen Bewegung in Algerien sah man christliche Algerier in ziemlicher Anzahl einem jüdischen Leichenzuge folgen und an einer eindrucksvollen Trauerfeier am offenen Grabe theilnehmen.

Kuba.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Havanna, der nach Kuba entlassene amerikanische Spezialkommissar Robert Porter habe mit Gomez eine Konferenz gehabt, deren Ergebnis war, daß Gomez an Mc. Kinley ein Telegramm richtete, in dem er dem Präsidenten die Versicherung giebt, bei der Auflösung der kubanischen Armee mitzuwirken und ebenso auch bei der Vertheilung von drei Millionen Dollar unter seine Soldaten, um diese in den Stand zu setzen, nach ihren Wohnorten zurückzukehren.

Ostasien.

Die „R. Z.“ erhält einen Bericht aus Hangtchau (China), wonach dort ein Pulvermagazin in die Luft geflogen, wodurch 2000 bis 3000 Menschen umgekommen sein sollen. Von dem in der Nähe des Magazins befindlichen Soldatenlager von 1500 Mann nebst einem General ist niemand mit dem Leben davon gekommen. Im Umkreise von drei Kilometern sind sämtliche Häuser zertrümmert und die darin befindlichen Familien getödtet worden. Unter den Getödteten befindet sich kein Ausländer. Die Ursache der Explosion sowie die genaue Zahl der Umgekommenen werden sich niemals feststellen lassen.

Australien.

Der australische Staatenbund ist thatsächlich begründet. Nach einem Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“ aus Melbourne sind dort die Premierminister aller australischen Staaten zu einer Konferenz zusammen getreten und in dieser jetzt einstimmig zu einer Lösung aller Streitfragen — diese waren wesentlich handelspolitischer Art — gelangt, welche der Bundesgründung bisher entgegen standen. — In England kann die Freude nur eine sehr gemischte sein. Die Entstehung eines solchen Staatenbundes wird vielfach als Vorzeichen künftiger Unabhängigkeit Australiens vom englischen Mutterlande angesehen. Jedenfalls steht ein australischer Staatenbund der englischen Zentralgewalt ebenbürtiger gegenüber, als es jeder einzelne Staat jemals sein konnte.

Provinzielles.

Rehlfeld, 2. Februar. Durch ein tragisches Geschehnis sind zwei Familien in größte Trauer versetzt worden. Der Schuhmacher W. aus Niesenburg, welcher am vergangenen Montag sich mit der Tochter des Besitzers Koslowski zu Schulzenweide standesamtlich hatte trauen lassen, fuhr mit seiner jungen Frau zum hiesigen Bahnhofe, um seine Schwester und Mutter vom Zuge abzuholen. Etwa 100 Schritte vor dem Hochzeitshause fuhr der junge Gemann über das Gehöft des Nachbarn und so unglücklich, daß er mit dem Wagen gegen einen Brunnenschwengel schlug und an den Folgen dieses Schlags (Wagenzerreißung) starb.

Gollub, 2. Februar. Der Kammerassessor-Rendant Wolf ist zum stellvertretenden Amtsanwalt beim hiesigen Amtsgericht ernannt. — Die Pflasterung der Thorer Vorstadtstraße bis zur Grenze des Mollereigrundstücks wird demnächst zur Ausführung kommen. Der Kreisassessor hat aus dem Begehrfonds eine Beihilfe von 1500 M., der Besitzer des Mollereigrundstücks eine solche von 500 M. bewilligt. Insgesamt ist die Pflasterung auf 4500 M. veranschlagt.

Aus dem Kreise Schwet, 2. Februar. Um den Sinn für Sparanlässe unter ihren Schülern zu wecken, werden viele Lehrer des Kreises in ihren Schulen Schul-Sparkassen errichten. Es wird auch der kleinste Beitrag angenommen, gebucht und, nachdem die Sparsumme bis zu einer Mark angewachsen ist, der Kreis-Sparkasse zur Veranlagung eingezahlt.

Schlöchau, 2. Februar. Auf der schwachen Eisbede des Sees brachen heute Vormittag zwei taubstumme Knaben ein. Ein dritter Knabe vermochte einen der Verunglückten zu retten. Der 14jährige Urbanek aber ertrank.

Danzig, 3. Februar. Auf der Balle am Damm nach Heubude und in einem Bruchwasser bei Strauß sind gestern drei junge Mädchen beim Schlittschuhlaufen eingebrochen und ertrunken. Einer derselben soll der 16jährige Nothkrenz aus Strauß, der andere der etwa 19jährige Kleriker Budasch und der dritte der etwa 21jährige Sohn des Bädermeisters Krause sein.

Elbing, 2. Februar. „Aus Scherz“ fuhr dieser Tage ein hiesiger Techniker in Damenkleidern nach Königsberg. Als er dort anlangte, wurde er von der Polizei in Empfang genommen. In Heiligenbeil war ein Gendarm in den Eisenbahnhof gestiegen. Ihm war die „junge Dame“ etwas verdächtig vorgekommen. Der Beamte drathete also von Ludwigsort sofort an die Behörde in Königsberg und daher der polizeiliche Empfang. Zum Glück für den Techniker konnte seine Persönlichkeit dort leicht als unverdächtig festgestellt werden und es erfolgte deshalb bald seine Entlassung.

Elbing, 3. Februar. Ende April v. J. gerieth der Schlächtermeister Sch. beim Besuche einer hiesigen Wirthschaft in dem dunklen Gausflur verkehrtlich an die Kellertreppe, trat rasch hinein, stürzte die steile Kellertreppe hinab und fiel sich den linken Arm aus. Die Heilung des Armgelenks zog sich wider Erwarten in die Länge und Sch. reichte, da er nach einem halben Jahre noch nicht hergestellt war, eine Klage gegen den betragenden Gastwirthsbefitzer G. ein, in der er einen Entschädigungsbetrag von 622,70 M. und weiterhin eine Tagesentschädigung von 3 M., so lange noch die Veranänderung seiner Erwerbsfähigkeit um die Hälfte andauere, forderte. Zu einer gerichtlichen Entscheidung kam es indes nicht, da G. es vorzog, eine außergerichtliche Einigung herbeizuführen, indem er an Sch. eine Abfindungssumme von 1000 M. zahlte, für die er selbst als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Versicherungsvereins in Stuttgart Entschädigung erhielt.

Insterburg, 2. Februar. Eine eigenartige Wette kam in dieserlei Stimmung zwischen mehreren jungen Handlungslehrlingen zum Abschluß. Einer der jungen Leute machte sich anheißig, einen seiner eine respektable Länge besitzenden Fingerringel nach acht Wochen von einem Eisenbahnzuge abfahren zu lassen. Am vergangenen Montag waren die Theilnehmenden am Gumbinner Thor an der Tilsiter Straße versammelt, um die Wette zum Austrag zu bringen. Als die Laternen des heranrollenden Zuges sichtbar wurden, legte sich der junge Waghals platt auf die Erde und seinen Fingerringel, der etwa eine Länge von 2½ Zentimeter hatte, auf die Eisenbahnschienen. Die Lokomotive war bereits in seiner unmittelbaren Nähe, als er sich plötzlich eines Besseren besann, aufsprang und die Wette verloren gab.

Bromberg, 2. Februar. Der städtische Haushaltsplan für 1899/1900 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 1.136.115 M. (gegen 1.060.325 M. im Vorjahre). An Kommunalsteuern sollen laut Magistratsbeschlusse erhoben werden: 123 pSt. der Einkommensteuer, 140 pSt. der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 100 pSt. der Betriebssteuer.

Bromberg, 3. Februar. Dem Vernehmten nach hat unter den Bewerbern um die hiesige Erste Bürgermeisterei die meisten Chancen Stadtrath Menzel in Breslau. Herr Menzel trifft heute oder morgen hier ein, um sich den Stadtverordneten vorzustellen. Zur Vorstellung aufgefordert wurde ferner Landesrath Knobloch in Posen.

Inowrazlaw, 2. Februar. Die Stadt will nun elektrisches Licht einführen und zwar sofort. Zu diesem Zwecke ist sie mit der Firma Wegold und Komp. in Verbindung getreten und diese wird durch Ingenieure von Siemens und Halske in allen Straßen, die bisher mit Gas beleuchtet waren, Bogenlampen in Entfernungen von je hundert Metern aufstellen. Der Marktplatz soll drei Bogenlampen erhalten.

Posen, 2. Februar. Am Montag ließ sich der Wallische Nr. 59a wohnende Töpfer Franz Roskowsky, unverheiratet, 52 Jahre alt, nicht sehen. Als ihn Abends seine Schwester besuchen kam und in die Wohnung nicht hinein konnte, ließ sie diese gewaltsam öffnen. Hier fand sie nun ihren Bruder am Fußboden liegend als Leiche vor. Am Dienstag erschien nun ein verheirateter Bruder des Roskowsky in der Wohnung des Verstorbenen, um diesen noch einmal zu sehen; er blieb, nachdem die Leiche aus der Wohnung nach dem St. Jozephskloster gebracht worden war, dann allein in der Wohnung zurück. Als nach einer halben Stunde seine Frau zur Wohnung zurückkehrte, fand sie auch ihn als Leiche auf dem Fußboden liegend vor. Da die Todesursache nicht festzustellen war, wurden nunmehr beide Leichen polizeilich beschlagnahmt.

Posen, 3. Februar. Die Restauration des hiesigen Centralbahnhofs ist an den Bahnhofsarchitekten Rurpjuweit in Briesg verpachtet worden. Der Pachtzins beträgt 42.000 M., ungefähr 20.000 M. mehr als der jetzige Pächter zahlte. Um dem neuen Pächter es nun möglich zu machen, die höhere Summe herauszuwirtschaften, sollen die Wartefälle vom 1. April d. J. ab von der Perronsperre ausgeschlossen werden.

Lokales.

Thorn, den 4. Februar.

— Personalien. Der Kreisgulin- spaktor Dr. Boigt in Danzig ist in gleicher Eigenschaft nach Bochum berufen worden.

Verstet sind: der Oberbaurath Bland, bisher in St. Johann - Saarbrücken, in gleicher Amtseigenschaft an die königliche Eisenbahndirektion in Bromberg, der Oberbaurath Frankfeld, bisher in Bromberg, in gleicher Amtseigenschaft an die königliche Eisenbahndirektion in St. Johann - Saarbrücken, der Regierungs- und

Baurath Simon, bisher in Glogau, als Mitglied (auftrw.) an die königliche Eisenbahndirektion in Bromberg.

Dem Regierungs- und Baurath Sprenger, Mitglied der Eisenbahndirektion in Danzig, ist der Charakter als Geheimrath verliehen. Verstet sind: die Zivil-Supernumerare Kirck und Schneider von Dirschau nach Danzig, die Zugführer Boras von Danzig nach Stolp und Ludwald von Schneidemühl nach Dirschau, die Packmeister Ucker von Stargard i. Pom. nach Königsberg, Schindel und Wittrup von Bromberg nach Dirschau.

Militärische Personalien.

Dr. Weßel, Stabs- und Bats. Arzt des 2. Bats. Inf. Regts. von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61, zum Oberstabsarzt 2. Kl. und Regts. Arzt des Inf. Regts. Graf Dönhoff (7. Pomm.) Nr. 44 ernannt. Dr. Stube, Oberarzt beim Inf. Regt. von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61, zum Stabs- und Bats. Arzt des 2. Bats. desselben Regts. befördert.

— Für erfolgreiche Betreibung des deutschen Sprachunterrichts ist dem Lehrer Andt in Gr. Braulin von der Regierung zu Marienwerder eine Prämie von 100 M. bewilligt worden.

— In der nächsten Woche wird bei den evangelischen Bewohnern der Stadt Thorn die von dem Herrn Oberpräsidenten bewilligte Hauskollekte für das Krüppelheim in Bischofswerder eingesammelt werden. Die feierliche Grundsteinlegung für dasselbe hat am 24. Mai v. J. stattgefunden. Es ist zur Aufnahme, Erziehung und Ausbildung verkrüppelter Kinder aus der ganzen Provinz bestimmt, für die in den Familien wenig oder gar nicht gesorgt wird. Diese unglücklichen Kinder wachsen vielfach ohne Pflege und Unterricht heran und werden von gewissenlosen Eltern zum Beteln ausgenutzt, um später in körperlicher, geistiger und sittlicher Verkommenheit den Gemeinden zur Last zu fallen. Wenn der Anblick solcher unglücklichen Kinder zu Herzen geht; wer eigene Kinder hat, die mit gesunden Gliedern ihn umspielen, wird hier gewiß willig seine Mithilfe gewähren. Die Hauskollekte wird nur bei den Evangelischen eingesammelt. Da aber das Krüppelheim verkrüppelte Kinder ohne Unterschied der Konfession aufnehmen wird, werden auch Angehörige anderer Konfessionen gern bereit sein, zu seiner Erbauung und Ausstattung beizutragen. Gaben derselben nimmt Herr Pfarrer Stadthowig, Windstraße 4, gern entgegen.

— Der kirchliche Verein für Ost- und Westpreußen wird seine diesjährige Jahresversammlung am 14. und 15. d. M. im kleinen Saal des Stadtmisshaus in Königsberg halten, und zwar findet am 14. eine Vor- und am 15. die Hauptversammlung statt. Für letztere haben die Herren Pfarrer Wagner-Gallingen und Ebel-Saplaun die Referate übernommen. Zu den Verhandlungen haben Nichtmitglieder und auch Damen Zutritt.

— Bei der Eisenbahndirektion in Danzig wird jetzt im Anschluß an die bereits beschriebenen Stationschulen eine „Eisenbahnschule“ eingerichtet, wie solche bereits seit längerer oder längerer Zeit am Sitz anderer Eisenbahndirektionen (Berlin, Breslau, Bromberg, Königsberg, Posen etc.) bestehen. Es soll der Unterricht schon in den nächsten Tagen beginnen. Die Einrichtung bezweckt, denjenigen Beamten, welche die Prüfung zum Bureau-Assistenten, Eisenbahn-Sekretär, Betriebs-Ingenieur und Güter-Expediten abzulegen haben oder ablegen wollen, neben der praktischen Erlernung des Dienstes noch eine bessere theoretische Ausbildung zu geben. Zur Theilnahme am Unterricht in dieser Schule sind die Dienstfänger des technischen und nicht technischen Bureauendienstes, sowie alle Zivil-Supernumerare verpflichtet, soweit diese nicht Unterricht in den Stationschulen erhalten und soweit die Dienstfänger in der Nähe von Danzig wohnen, also bis Dirschau, Poppo und Neufahrwasser. Der Unterricht ist als ein Theil des Dienstes zu betrachten und es darf keiner der hierzu verpflichteten Beamten demselben fernbleiben bezw. entzogen werden.

— Beförderung von Fahrrädern. Nach dem deutschen Eisenbahn- Personen- und Gepäcktarif Theil I vom 1. April v. J. ist bestimmt, daß zu den Reisebedürfnissen u. a. auch Fahrräder gerechnet werden. Sofern nun von den Reisenden verpackte Fahrräder aufgegeben werden, welche unzweifelhaft zum persönlichen Gebrauch des Gepäckaufgebers dienen und nicht Gegenstände des kaufmännischen Verkehrs bilden, so werden sie nach wie vor unter Anrechnung von Freigewicht befördert. In gleicher Weise werden unter Anrechnung von Freigewicht verpackte Fahrräder befördert, wenn sie Waarenproben (Muster) sind, welche Geschäftsreisende in Ausübung ihres Geschäfts mit sich führen und welche nach der Verpackungsart als Proben erkennbar sind. Sofern indessen zerlegte Fahrräder oder Theile von Fahrrädern unverpackt aufgegeben werden sollten, sind sie nicht als Reisegepäck anzusehen und dürfen überhaupt nicht angenommen werden, weil Reisegepäck überhaupt nicht unverpackt angenommen wird.

— Unglücksfall. Gestern Nachmittag wurde in der Breitenstraße an der Schloßstraße eine hiesige junge Dame von einem Lindsfuhrwerk überfahren. Das Gefährt hatte die Dame umgerissen und war ihr über beide Beine weg-

— Verhaftet wurden 9 Personen.
— Gefunden eine Kriegsgeldmünze in
der Copernicusstraße, ein Bund Schlüssel in

Mittelft Damenkleides ge-
rettet. Der Sohn des Schmiedemeisters P.
in Rauttittin brach am Montag an der Mündung
des Pulverfließes auf einer dünnen Stelle des
Eises ein. Auf sein Geschrei eilten mehrere der
dort versammelten Schlittschuhläufer hinzu, und
Rechtsanwalt Z., der an der Spitze lief, brach,
da er schwerer als der Knabe war, auch ein,
lange bevor er diesen erreicht hatte. Ein anderer
Herr, hierdurch vorsichtig gemacht, versuchte nun
auf dem Bauche liegend, Herrn Z. zu erreichen.
Aber das Eis bog sich bis unter's Wasser, der
Rettter mußte zurückweichen. Nun war guter
Rath theuer. Da hatte sich kurz entschlossen
eine junge Dame den Kleiderrock los-
schlüpfte heraus und warf ihn dem auf dem
Eise liegenden Herrn zu, der ihn Herrn Z.
zureichte und ihn an dem Kleide nun heraus-
ziehen konnte. Der arme Junge kämpfte unter-
dessen im Wasser mit dem Tode. Doch nun
waren allmählich auch einige von den in der
Nähe beschäftigten Fischern mit langen Stangen
und einem Seil herangekommen, und diesen
 gelang es endlich mit vieler Mühe, den kleinen
P., welcher schon so erstarbt war, daß er kaum
noch das Seil festhalten konnte, zu retten.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelisaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen: inländ. hochbunt und weiß 750 bis 798 Gr. 158—161½ M., inländ. bunt 732 bis 769 Gr. 148½—157 M., inländ. roth 745 bis 788 Gr. 155—159½ M.

Roggen: inländisch grobkörnig 682—747 Gr. 136 bis 140 M.

Gerste: inländ. große 662 Gr. 137 M.

Hafer: inländischer 110—126½ M.

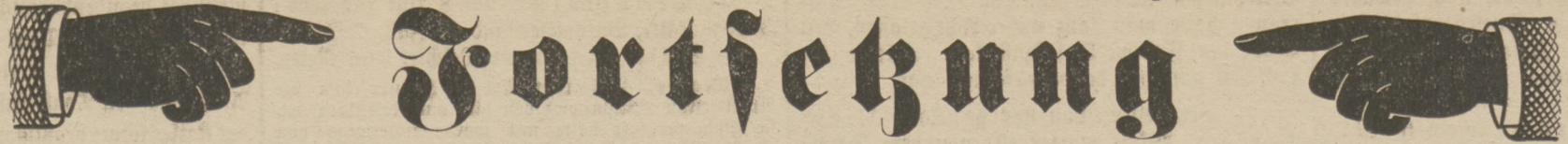
Mess per Tonne von 1000 Kilogramm.

Steie per 50 Kilo Weizen, 3,90—4,20 M. bez.

Roggen, 4,20—4,40 M.

Eisen-Somatose *hervor-
ragendes*
(eisenhaltiges Fleisch-Eiweiß)
**Kräftigungs-
mittel für Bleichsüchtige.**

Leinenhaus M. Chlebowski, Thorn, Breitestr. 22.



des diesmaligen, jährlich nur einmal stattfindenden

Großen Inventur-Ausverkaufs.

Zum Verkauf kommen **weit unterm Herstellungspreis:**

Alle aus den Duzendpaketen **vereinzelt**, sowie sämtliche am Lager und in den Auslagen unsauber gewordenen Wäschestücke jeder Art, und gestatte ich mir wiederholt auf die **besonders hervorragenden Vortheile u. Gelegenheiten zur Beschaffung ganzer Ausstattungen u. zur Completirung des Hausstandes** ganz ergebenst aufmerksam zu machen.

Konkurs-Ausverkauf

des

Alexander Smolinski'schen Konkurs-Waarenlagers
Sieglerstraße 28
wird vom 21. Januar ab von 9 bis 1 und von 3 bis 8 Uhr
Abends ausverkauft.

Max Cohn, Thorn.

Ich beginne von heute ab wegen Abbruch des Hauses
einen vollständigen

Ausverkauf

meines gesamten Waarenlagers,
bestehend in

Galanterie-, Glas-, Porzellan-,
Haushaltungs-Artikeln und Spielwaaren.

Die Preise habe ich für sämtliche Waaren
ganz bedeutend herabgesetzt
und findet der Verkauf zu streng festen Preisen und nur
gegen Barzahlung statt.

Max Cohn,
Breitestraße 26.

NB. Bitte die Schaufenster-Auslagen zu beachten.

Bekanntmachung.

Die Erhebung des Schulgeldes für die
Monate Januar, Februar cr. resp. für
die Monate Januar/März wird
in der Höheren- und Bürger-
Töchter-Schule
am Dienstag, den 7. Februar cr.
von Morgens 8 1/2 Uhr ab,
in der Knabenmittelschule
am Mittwoch, den 8. Februar cr.,
von Morgens 8 1/2 Uhr ab
erfolgen.

Thorn, den 4. Februar 1899.
Der Magistrat.

Die Einlösung der Loose 2. Kl.
Pr. Lotterie muß bei Verlust des
Anrechts bis Montag Abend 6 Uhr
geschehen.

Dauben,
Königl. Lotterie-Einnehmer.



* Mein Haus, *

Thorn, Copernicusstr. 39, in dem
sich eine Restauration in gutem
Gange, Einfahrt, Pferde Stall, eleg.
Wohnungen befinden, ist von sof. billig unter
sehr günstigen Bedingungen, Anz. mindestens
6000 Mark, zu verkaufen. Josef Kwiatkowski.

40000 Mk.,
Kindergeld, auch getheilt, zu vergeben.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Eckladen

am Neustädt. Markt ist vom 1. April d. J.
zu vermieten
Zunferstr. 1.

5 Hofwohnungen, 1 Stube u. Zub., zu verm.
Helligkeitstr. 7/9. A. Wittmann.

Dank!

Jetzt 50 Jahre alt, litt ich seit etwa
6 Jahren an Kopfschmerz. Die Anfälle mit
heftigen Schmerzen im Genick, Oberkopf,
Stirn, Schläfe, Nasenbein, hochgradiger
Nichtschlafen und qualvollem Erbrechen traten
zuweilen alle Woche oder bei jeder Erregung
ein und dauerten, namentlich wenn einseitig,
1-2 Tage lang. Der Kopf war stets wußt
und eingenommen und es trat noch ein
Halbschleiden hinzu, das bei jeder Kl. Erleichterung
sich verschlimmerte und jeder Behandlung
trotzte. Ich wandte mich auf Empfehlung
an Herrn G. Fuchs, Berlin, Leip-
zigerstr. 134 I, nachdem alle Heil-
versuche vergeblich gewesen. In kurzer Zeit
besserte sich das Kopfschmerz und damit auch
das Halbschleiden und jetzt kann ich für
gänzliche Heilung meinen innigsten Dank
aussprechen.

R. Funk, Berpenschleuse.

1 Laden,

Schloßstraße 16, zu vermieten.
A. Kirmes.

1 Schlafkommode, 1 Hängelampe,
1 Kinderbadewanne, 1 Gartentisch
u. s. w. sind billig zu verkaufen
Baderstraße 19, III.

Wohnung
zu vermieten
Bachstraße 12.

1 Stube v. 1 April d. verm. Gerstenstr. 13

Brückenstr. 32, 3 Treppen,
1 Wohnung, 3 Zimmer, Küche u. Zubeh.,
vom 1. April 1899 für 350 Mk. zu verm.
Zu erfragen bei Krüger. Hof I.

Druck und Verlag der Wochenblätter der Agnauer Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. v. S., Thorn.

Schützenhaus Thorn.

Sonntag, den 5. Februar 1899:

Nur einmaliges Auftreten

hervorragender Spezialitäten.

Hr. Meta Barkany,
Nieder- und Walzer-Sängerin.
Louis la Chapelle, Ventriloquist mit singenden und sprechenden Puppen.
Herr Otto Richter, Gesangs-Humorist. | Geschw. Buntig, Gesangsduettisten.
Hr. Hedwig Rudolff, Kostüm-Soubrette.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintrittspreis: Reservirter Platz 1 Mk., Saalplatz 50 Pf.
Die Direktion.

Ziegelei-Park.

Sonntag, den 5. Februar 1899:

Grosses Streich-Concert

von der
Kapelle des Infanterie-Regiments von der Markw. (8 Bomm.) Nr. 61
unter Leitung des Stabs-Hobosisten Stork.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.
Zur Aufführung gelangen u. a. Ouverturen: „Die Zigeunerin“ von Balfe.
„Die Heimkehr aus der Fremde“ von Mendelssohn. „Rafocci“ von Köler-Bela. Fan-
tasia über C. M. v. Weber's „Oberon“ von Schreiner. Arie a. d. Op. „Rigoletto“ von
Verdi. Mimosa-Walzer a. d. Op. „The Geisha“ von Jones. „Wiener Volksmusik“,
großes Potpourri von Romack.

Artushof.

Sonntag, den 5. Februar 1899:

Grosses Streich-Concert

von der Kapelle d. S. f. Regis. v. d. Markw. (8 Bomm.) Nr. 61 unter Leitung des
Stabs-Hobosisten Stork.
Anfang 8 Uhr.
Eintrittspreis a Person 50 Pf. Billets a 40 Pf. sind vorher und zwar bis
7 Uhr Abends im Restaurant Artushof zu haben, ebenso werden daselbst Bestellungen
auf Bogen a 5 Mk. entgegengenommen.
Das Programm enthält u. a. Ouverturen: „Rienzi“ von Wagner. „Tell“ von
Rossini. „Die Kron-Diamanten“ von Auber. Großes Finale aus „Oberon“ von
C. M. v. Weber. „Nieder-Rhein“, Fantasia über Curichmann'sche Lieder von Schreiner.
Gardas a. d. Op. „Der Geist der Wajewoden“ von Großmann. „An der schönen
Marenta“, Walzer von Romack. „Berliner Blaudereien“, großes Potpourri von Thiele.
Der Saal ist festlich geschmückt.

Schützenhaus Thorn.

Vom 23. Februar ab

Sechsmaliges Dresdner Gesamt-Gastspiel und Gastspiel von
Henriette Masson, Königl. Hofchauspielerin
und Herrn Caesar Beck, vom Berliner Theater.

Zur Aufführung kommen:

Neu: „Verbotene Früchte“, nach Cervantes, Repertoirestück des Berliner und
Dresdner. Renaissance, Lustspiel in 3 Akten von Koppel-Ellfeld.
Cyprienne, Graf Waldemar, Das zweite Gesicht, Minna von Barnhelm.
Es werden für diese 6 Vorstellungen von heute ab 6 Bons Sperrsitz für
10 Mk., 6 Bons für I. Platz 7,50 Mk. in der Buchhdlg. des Herrn Walter Lambeck
abgegeben. — Diese Bons können an den 6 Gastspiel-Abenden in ganz beliebiger
Anzahl getauscht werden.
Die Kassenpreise für Einzelbillets müssen in Anbetracht der Be-
deutung des Gastspiels erhöht werden.

Wer schnell und billigt Stellung
finden will, der verlange per Postkarte die
„Deutsche Vakanzen-Post“ in Eßlingen

Buchbindergehilfe

kann eintreten bei
Franz Nelson, Neuburg Wpr.
Für mein kaufmännisch. Bureau suche
ich für sofort einen

Lehrling

mit guter Schulbildung, aus achtbarer
Familie.

E. Drewitz, Thorn.

1 jüngerer Schreiber
zum sofortigen Eintritt gesucht
Culmerstr. 4, I.

Grosser, kräftiger Laufbursche
kann sofort eintreten bei
Gehr. Rosenbaum.

Aufwärterin

von sofort gesucht. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Große Geld-Lotterie

zum Besten des Hedwig-Krankenhaus in
Berlin. Ziehung am 6. März cr.; Haupt-
gewinn Mk. 100,000; Loose à Mk. 3,50
zu haben bei

Oskar Drawert, Thorn.

Billig!

Billig!

Jeden Dienstag und Freitag bis Mittag
im Rathhausgewölbe 8, vis-à-vis Cop-
ernicus-Denkmal, großer Verkauf von
Bürstenwaaren aller Art, sowie Wäsche-
leinen, Eichenrücken, Fußmatten Hand-
tuchhalter, Salons, Ed., Rauch- und
Bauernrücken und vieles Andere empfiehlt
R. Lipke, Bürstenfabrikant,
Möcker.

Arnica-Haaröl

ist das wirksamste und unschädlichste,
in tausenden von Fällen bewährte Haus-
mittel gegen Haarausfall u. Schuppen-
bildung. Flaschen a 75 und 50 Pf. bei:
Anders & Co.

Circus Bauer.

Etablissement Volksgarten.
Sonntag, den 4. Februar, großer
Vorbereitungen wegen geschlossen.

Sonntag, den 5.
zwei große

brillante Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr:

Clown- und Komiker-Vorstellung
mit eigens dazu gewähltem Programm.
Neu! Abends 8 Uhr: Neu!

Großer hippologischer Congress,
erstes Debit des Fräulein von Karkowska
mit ihrer einzig dastehenden Jagd-Scene
mit Hunden und Füchsen, sowie mehrere
neue Debüts.

Montag, den 6., Abends 8 Uhr:

Elite Sport-Vorstellung

mit einem exquisiten Reiten-Programm,
bestehend aus 20 Nummern.
Vorführen der Schettlands-Pomny „Elvira“
und „Muski“, 85 Ctm. hoch, dressirt als
Thurnspringer.

Non plus ultra der Dressur,
vorgeführt von Herrn Director Bauer,
sowie die besten Original-Dressuren.
Zur Bequemlichkeit des Publikums Vor-
verkauf zu Cassa-Preisen bei Herrn Duszynski,
Tabak-Geschäft.

Preise der Plätze: Sperrsitz 1,50 Mk.,
1. Platz 1,00 Mk., 2. Platz 60 Pf., Gallerie
40 Pf., Kinder unter 10 Jahren zahlen auf
allen Plätzen die Hälfte.

Die Direktion
des Circus Ww. B. Bauer.

Berein deutscher Katholiken.

Die Versammlung zur Beschlußfassung
über die von uns vorderathenen Satzungen
pp findet am

Dienstag, den 7. d. Mts.
im großen Saale des Schützenhauses
um 8 1/2 Uhr Abends
statt, wozu die deutschen Katholiken Thorns
und Umgegend ganz ergebenst eingeladen
werden.

Der vorbereitende Ausschuss.

Wiener Café-Mocker.

Jeden Sonntag

Nachmittags von 4 Uhr ab

Unterhaltungsmusik im Saale
mit nachfolgendem Tanzkränzchen.

Heinr. Gerdorf,

Katharinenstr. 8,
Photograph des Deutschen
Offizier-Vereins und des
Waarenhauses für Deutsche
Beamte.
Mehrfach prämiert.

Die Preise für

Malton-Weine

aus Malz
(Sherry-, Tokayer- und Portwein-Art)
sind jetzt auf
M. 1.25 für 1/2 Fl., M. 0.75 für 1/4 Fl.
herabgesetzt worden.

Oswald Gehrke,

Vertreter
der Deutschen Malton-Gesellschaft,
Wandsbeck.

Weiss- u. Rothwein

aus erster Hand!
93r., 94r., 95r., mehrfach preisgekrönt
Bitter 40 Pf., 60 Pf., 80 Pf.
ab hier verendet von 10 Bittern an

Hugo Probst, Grossen, oder.

Weinbergsbesitzer u. Weinkelterer.
Für Börsen- u. Handelsberichte etc. sowie den
Anzeigenteil verantw. H. Wendel-Thorn.

Hierzu ein zweites Blatt und
ein illustriertes Unterhaltungsblatt.